

2198/J XXI.GP  
Eingelangt am:

## ANFRAGE

der Abgeordneten **Dr. Ilse Mertel** und Genossen  
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit **Dr. Martin Bartenstein**  
betreffend die **Finanzierung** und **gesetzliche Regelung** einer **Datenerhebung** zur  
"Zeitverwendung" durch die STATISTIK AUSTRIA.

Eine Reihe von statistischen Erhebungen darunter auch solche zur „Zeitverwendung“ österreichischer Familien dürfen von STATISTIK AUSTRIA nur mehr bei Vorliegen eines gesetzlichen Auftrages oder mit externer Finanzierung vorgenommen werden. Die letzte „Zeitverwendungserhebung“ fand 1992 statt. Von der Direktion „Soziale Indikatoren und Berichte“ der STATISTIK AUSTRIA wurden an das BM f. Wirtschaft und Arbeit und an das BM t. Soziale Sicherheit und Generationen bereits Ansuchen um eine Finanzierung einer "Zeitverwendungserhebung" gestellt. Diese Ansuchen blieben bislang unbeantwortet.

Eine Aktualisierung des Datenmaterials ist längst überfällig, zumal eine nationale Zeitverwendungserhebung auch im Rahmen der „Europäischen Zeitbudget - Erhebung“ ansteht und nur von einer gesicherten Finanzierung abhängt.

Zudem kommt einer "Zeitverwendungserhebung" eine besondere familien - und frauenpolitischen Relevanz zu, da diese - wie kaum eine andere Untersuchung - den Fortgang und Entwicklung partnerschaftlicher Rollen - und Arbeitsteilungen dokumentiert.

Die unterzeichnenden Abgeordneten richten an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit daher nachstehende

### Anfrage:

1. Warum blieb das Ansuchen um Finanzierung einer Zeitverwendungserhebung seitens Ihres Ministeriums bislang unbeantwortet?
2. Besteht seitens des Ministeriums die Absicht eine derartige Untersuchung mitzufinanzieren? Und wenn nein, warum nicht?

3. Wie steht das Ministerium dem Anliegen gegenüber eine periodische Durchführung von Zeitverwendungserhebungen - auf Grund hoher sozialpolitischer Relevanz - im Verordnungsweg festzulegen und zu sichern?
4. Wie stellt sich das Ministerium die Teilnahme Österreichs an der „Europäischen Zeitbudget - Erhebung“ vor, wenn keine Mittel für die Erhebung nationaler Daten bereitgestellt werden?